77. Jahrgang. Nr. 557

Sonnabend, 26. November 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 RM. einschließlich 58 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Neues Präsidialkabinett am Sonnabend

Voraussichtlich umgebildete Regierung Papen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. Nov. 24 Stunden nach dem Scheitern der Besprechungen mit Adolf Hitler hat auch der am Donnerstag vom Reichspräsidenten mit einem Sondierungsauftrag betraute Führer des Zentrums, Prälat Kaas, diesen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückgegeben, nachdem seine Bemühungen, wenn nicht eine parlamentarische Koalition, so doch eine Art parlamentarischer Notgemeinschaft herbeizuführen, ohne Ergebnis blieben. Damit ist die zweite Phase der Regierungskrise abgeschlossen, und die weitere innerpolitische Entwicklung hängt wiederum allein von den Entschlüssen des Reichspräsidenten ab. Die nächsten Tage werden entscheiden, welchen Weg zu beschreiten er für richtig und notwendig hält. Ueber den zweiten Akt der Lösungsversuche der Regierungskrise gibt folgende amtliche Verlautbarung Kenntnis:

Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittag 5 Uhr den Führer des Zentrums, Herrn Prälaten Kaas, der ihm über seine heutigen Besprechungen mit den Vorsitzenden der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei über die etwa noch vorhandenen Möglichkeiten zur Bildung einer Not- und Arbeitsmehrheit des Reichstags berichtete. Kaas hat in diesen Besprechungen an die Führer der Parteien in erster Linie die Frage gerichtet, ob sie ebenso wie die Zentrumspartei bereit seien, sich an Beratungen über ein sachliches Not- und Arbeitsprogramm für eine Mehrheitsregierung zu beteiligen.

Diese Frage ist von den Vorsitzenden der Bayrischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei bejahend beantwortet worden.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei hatte die Beteiligung an solchen Beratungen, als in Widerspruch mit der Gesamthaltung seiner Partei stehend, nicht zugesagt. Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erklärte, an sich entsprächen die Feststellungen der sachlichen Grundlage für eine etwaige Mehrheitsregierung durchaus seinen Auffassungen. Auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Tage und der Ueberzeugung, daß auch einem positiven Ergebnis dieser sachlichen Beratungen seitens einflußreicher Stellen keine Folge gegeben würde, halte er eine Beteiligung seinerseits nicht mehr für vertretbar. **Auf Grund dieser Feststellungen hat Prälat Kaas den Reichspräsidenten, von einer weiteren Fühlungnahme mit den Parteien absehen zu dürfen. Der Reichspräsident dankte dem Prälaten Kaas für seine Bemühungen.**

Dieses Kommuniqué ist, wie wir hören, zwischen dem Reichspräsidenten und dem Zentrumsführer nach einem halbstündigen Vortrag von Kaas bei Hindenburg vereinbart worden. Interessant ist insbesondere an ihm, daß Hitlers Stellungnahme noch einmal eine zitatmäßige Verwendung in dieser amtlichen Verlautbarung gefunden hat.

Sämtliche parlamentarischen und parteipolitischen Möglichkeiten gelten nunmehr als erschöpft.

In den Kreisen um Hindenburg hält man zunächst keine andere Lösung für möglich, als die Neuberufung eines Präsidialkabinetts, das lediglich auf dem Vertrauen des Reichspräsidenten beruht und keinerlei Bindungen an Parlament und Parteien hat.

Das geschäftsführende Reichskabinett tagte seit Freitag-nachmittag 4 Uhr in Permanenz. Der Reichskanzler von Papen berichtete über die gesamte innerpolitische Entwicklung der letzten Tage, deren sämtliche Phasen ihm bekannt sind, weil er vom Reichspräsidenten ständig zu den Beratungen hinzugezogen worden war. Die Entscheidung Hindenburgs dürfte im Laufe des Sonnabends fallen. Der Reichspräsident wird morgen seine engeren Ratgeber um sich versammeln und die Frage prüfen, wen er nunmehr zum Kanzler des kommenden Präsidialkabinetts ernennt. Alle Anzeichen sprechen dafür,

daß der neue Kanzler wieder von Papen heißen wird.

Der Reichspräsident ist, soweit wir unterrichtet sind, entschlossen, unbedingt an Papens Kanzlerschaft festzuhalten. Herr von Papen selbst legt offenbar auf seine Neuberufung keinen besonderen Wert. Aber das große Vertrauen, das der Reichspräsident in ihn setzt, dürfte die Bedenken, die Herr von Papen zur Zeit noch im Hinblick auf die neue Uebernahme des Kanzlerpostens hat, zerstreuen.

Naturgemäß kann die Ernennung von Papens zum Kanzler noch nicht als unbedingt sicher bezeichnet werden. Erst der Sonnabend wird darüber den letzten Aufschluß bringen. Wie wir bereits andeuteten, wird ein wiederkehrendes Kabinett Papen in personeller Hinsicht nicht mehr durchweg die alten Namen aufweisen. Als feststehend gilt, daß Reichswehrminister von Schleicher und der Reichsaußenminister Freiherr von Neurath auf ihren Posten verbleiben werden. Neubesetzungen werden möglicherweise außer dem Reichsernährungsministerium und dem Reichsarbeitsministerium auch das Reichsfinanz-, das Reichsinnen- und das Reichswirtschaftsministerium erfahren. Namen stehen naturgemäß im Augenblick noch nicht fest. Von den zahlreichen Vermutungen, die in dieser Hinsicht angestellt werden, hat nur eine eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich, nämlich die,

daß Dr. Bracht der kommende Reichsinnenminister, der kommende Reichsfinanzminister Reichsminister Popitz und der kommende Reichsernährungsminister von Kuebel werden dürften.

Den letzteren soll bereits Hitler für den gleichen Posten in Erwägung gezogen haben. Noch unbekannt ist, wer gegebenenfalls das Wirtschafts- und das Arbeitsministerium übernimmt. Als Ziel bei dieser Neubildung eines Präsidialkabinetts wird es bezeichnet, alle die Gegensätze und Schwächen auszuscheiden, die beim ersten Kabinett von Papen eine gewisse Rolle gespielt haben. Man ist sich bewußt, daß das neue Kabinett stürmischen Zeiten entgegengeht. Bei seiner Zusammensetzung dürfte der Gesichtspunkt eine entscheidende Rolle spielen, daß es ein Kabinett festen und unerschütterlichen Zusammenhaltens sowohl in sachlicher und personeller Hinsicht bilden müsse. Man rechnet damit, daß, falls morgen der Reichspräsident Herrn von Papen erneut zum Kanzler seines Präsidialkabinetts ernennen sollte, dieser um einige Tage Bedenkzeit bitten wird.

Mit dem endgültigen Abschluß der Regierungskrise rechnet man in unterrichteten Kreisen dann für Dienstag oder Mittwoch.

Damit würde das neue Kabinett fast genau eine Woche vor dem Zusammentritt des neuen Reichstags, der für den 6. Dezember angesetzt ist, zustandegekommen sein. — Angesichts der wichtigen politischen Entscheidungen sprachen heute in den Abendstunden die Bundesführer des Stahlhelms, Seldte und Duesterberg, und Major Wagner von der Bundesleitung in der Reichskanzlei vor.

Können wir nach Genf zurück?

Bei der gegenwärtigen Völkerbundstagung dreht sich das Interesse der Teilnehmer sichtlich weniger um das mandschurische Problem und die sonstige Tagesordnung, als um die Frage, wie man Deutschland schnellstens an den Verhandlungstisch der Abrüstungskonferenz zurückbringen kann. Von allen Seiten, insbesondere von englischer, wird ein zunehmender Druck auf den deutschen Außenminister ausgeübt, um ihm zu beweisen, daß die letzten englischen Vorschläge in Verbindung mit Herriots Konstruktivplan eine geeignete und die deutschen Ansprüche befriedigende Grundlage seien, auf der die gemeinsamen Abrüstungsgespräche zum guten Ende geführt werden könnten. Mitunter fehlt es auch nicht an versteckten Drohungen mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland durch weitere Selbstausschaltung Gefahr laufe, sich von neuem zu isolieren und den bisher im Kampfe um seine Gleichberechtigung gewonnenen Boden wieder zu verlieren.

Aus alledem geht mit Sicherheit eines hervor: Man braucht uns wieder einmal in Genf. Man ist überall zu der Einsicht gekommen, daß es ohne Deutschland nicht geht. Wenn auch allenthalben nur geringe Hoffnung besteht, daß eine brauchbare Formel für die Abrüstung binnen kurzem gefunden werden kann, so ist Deutschlands Rückkehr doch noch aus anderen Gründen erwünscht. Da ist zunächst der ostasiatische Konflikt, der infolge der Unfähigkeit des Völkerbundes zu ausgleichender Gerechtigkeit zu einem neuen Fiasko zu werden droht, ferner der peinliche Eindruch des Völkerbundsschützlings Polen in die verbrieften Rechte Danzigs, und neuerdings tauchen durch die Haltung Amerikas in der Schuldenfrage neue Schwierigkeiten auf. Die Amerikaner behandeln die Einforderung ihrer Guthaben vorläufig nur vom Gesichtspunkt der Zahlungsfähigkeit ihrer Schuldner aus, und da stellt es sich heraus, daß England und Italien zwar größere Schwierigkeiten haben, ihre Dezemberrate abzuführen als Frankreich, daß diese Länder aber offenbar zahlen wollen, während Frankreich aus seinem reichen Goldschatz zahlen könnte, aber wenig Lust zeigt. Daraus ergeben sich Fernwirkungen von weltpolitischer Bedeutung. Und da wäre es gut, am Genfer Verhandlungstisch einen Sündenbock zu haben, auf den man alle Schuld abschieben kann, und ein Opferlamm, das den Interessenausgleich der Mächtigen in der Welt auf sich nimmt. Deshalb ist Deutschlands Rückkehr nach Genf so notwendig.

Darum muß dieser Schritt auch peinlich genau überlegt werden. Als die deutsche Regierung der Abrüstungskonferenz den Rücken kehrte, geschah es mit der Erklärung, daß die weitere Beteiligung an ihren Arbeiten erst wieder möglich sei nach völliger Klärung über die vorbehaltlose rechtliche Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Mächten in allen Wehrfragen. Ist diese Klarstellung erreicht? Von der Beantwortung dieser Frage hängt die Antwort auf die immer dringlicher werdenden Einladungen zur Rückkehr ab. Man verweist uns auf den französischen Plan und die englischen Erklärungen. Bei deren Prüfung ist festzustellen, daß der deutsche Standpunkt dank der Festigkeit, mit der er vertreten wird, allerdings erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Denn auch Herriots Plan, so undurchführbar er ist, bedeutet im Grunde einen solchen Fortschritt, wenn man ihn mit den Reden Tardieus und mit den Noten Briands vergleicht, in denen die Beibehaltung des Rüstungsstandes der besiegten Staaten als selbstverständliche Vorbedingung dafür aufgestellt worden war, daß Frankreich überhaupt von Abrüstung sprechen könne. Von diesem starren Standpunkt ist Herriot abgewichen, denn sein Plan ist bei allen eingeschalteten Sicherungen doch ein Plan zur Abänderung des bisher als heilig und unverletzlich erklärten Versailler Vertrages. Aber das ist auch sein einziges und noch dazu ein theoretisches Zugeständnis, während er der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung praktisch in keinem Punkt gerecht wird. Nicht nur, weil er überhaupt nicht von den Opfern spricht, die Frankreich auf dem Altar der Abrüstung darbringen will, weil er einen dreifachen Ring von politischen Sicherungen zur Erhaltung der Versailler Ordnung zur Voraussetzung macht, den Deutschland gar nicht schmieden könnte, selbst wenn es wollte, sondern vor allem deshalb, weil der französische Plan unter dauernder Vorenthaltung der schweren, sogenannten „Angriffswaffen“ für Deutschland die allmähliche Annäherung der Wehrverfassungen in eine völlig unbestimmte Zukunft verschiebt. Danach ist festzustellen, daß von französischer Seite noch ein entscheidendes Hindernis für die deutsche Rückkehr nach Genf besteht, das durch noch so guten Willen der anderen Mächte nicht weggeräumt werden kann, sondern nur durch Einflußnahme dieser Mächte auf Frankreich.

Aber ist denn dieser gute Wille, vor allem von englischer Seite, so offenkundig, wie immer behauptet wird? Gewiß stellen auch die letzten Erklärungens Sir John Simons in Genf einen großen Fortschritt gegenüber seinem schulmeisterlichen Memorandum vom September dar. Er spricht jetzt klar die Forderung aus, den Deutschland wehrpolitisch diffamierenden Teil V des Versailler Vertrags aufzuheben und die neue Wehrverfassung in einer einheitlich

Kaas' Besprechungen mit Hugenberg und Hitler

Berlin, 25. November. Wir erfahren von deutschnationaler Seite: Der Zentrumsführer Prälat Kaas hatte den Wunsch ausgesprochen, auf Grund des ihm vom Reichspräsidenten erteilten Auftrags mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, eine Aussprache zu haben. Diese Unterredung hat heute mittag stattgefunden. Anknüpfend an die deutschnationale Stellungnahme anläßlich des Rücktritts der Regierung Papen nahm Dr. Hugenberg auf die dem Zentrum bekannte Einstellung der Deutschnationalen Volkspartei zum parlamentarischen System Bezug und betonte nochmals, daß die Erfahrungen der letzten Jahre die

Schädlichkeit der Partei- und Parlamentsherrschaft

und ihre Ungeeignetheit für das deutsche Volk besonders klar erwiesen hätten. Ebenso könne kein Zweifel an den verheerenden Folgen des seit 1919 zwischen Reich und Preußen herrschenden Dualismus bestehen. Die Entwicklung der letzten Monate enthalte die Anfänge zur Ueberwindung beider Uebel. Die Deutschnationale Volkspartei halte an beiden Fortschritten fest, solange es nicht etwa den anders — nämlich parlamentarisch — eingestellten Kräften des Landes gelingen sollte, sie entgegen den deutschnationalen Wünschen wieder hinfällig zu machen. Die Deutschnationale Volkspartei habe die vom Reichspräsidenten in diesem Sommer gefaßten Entschlüsse begrüßt und demgemäß den Gedanken eines Präsidialkabinetts unterstützt. Dabei müßten allerdings die Fehler vermieden werden, die der Arbeit des zurückgetretenen Kabinetts anhafteten.

Der Gedanke, eine Mehrheitsregierung durch die Festlegung von Programmpunkten und Aufgaben vorzubereiten, erinnere so sehr an die Richtlinienpolitik früherer Jahre, daß gerade die DNVP. nach den gemachten Erfahrungen nicht das Bedürfnis einer Wiederholung empfinden könne. Der wirkliche Mittelpunkt der augenblicklichen schweren Krisenlage beruhe doch anscheinend auf der Schwierigkeit der Verständigung über Personenfragen.

In einer zweiten Erklärung stellt die Deutschnationale Volkspartei fest: In der Unterredung mit Dr. Hugenberg war von seiten des Prälaten Kaas weder von der „Bildung einer Not- und Arbeitsmehrheit“ des Reichstages, noch von einem „Not- und Arbeitsprogramm“ die Rede, sondern nur von einem sachlichen Programm für eine parlamentarische Mehrheitsbildung. Das wäre die Wiederholung der Vorgänge von 1927 gewesen, als unter Zentrumsleitung die bekannten Richtlinien aufgestellt wurden, die damals die deutschnationale Rechte lahmlegten.

Bei den Verhandlungen, die Prälat Kaas persönlich mit Adolf Hitler am Freitag nachmittag geführt hat, waren lediglich Reichstagspräsident Göring und der Abgeordnete Frick zugegen. Aus Zentrumskreisen verlautet,

daß man bei den Nationalsozialisten durch den Lauf der Verhandlungen der letzten Tage so verärgert und mißtrauisch geworden sei, daß eine irgendwie geartete praktische Zusammenarbeit nicht möglich schien.

Im übrigen hat der Vorsitzende der Zentrumspartei Verhandlungen mit der SPD. nicht geführt, weil sein Auftrag allein den Versuch einer Mehrheitsbildung betraf und die SPD. bereits zu erkennen gegeben hatte, daß sie sich an einer Mehrheitsbildung nicht zu beteiligen gedenke.

SLUB
Wir führen Wissen.